

URGENT ACTION

ANDAUERENDE GEWALT GEGEN FRIEDLICHE PROTESTIERENDE PHILIPPINEN

UA-Nr: UA-005/2019 AI-Index: ASA 35/9711/2019 Datum: 21. Januar 2019 – mr

NAGKAHIUSANG MAMUMUO SA SUYAPA FARMEN (NAMASUFA)

Hunderte Arbeiter_innen auf den südlichen Philippinen campieren seit dem 27. November 2018 in Manila im Freien und protestieren damit gegen die Arbeitsbedingungen in den Plantagen der multinationalen japanischen Firma Sumifru. Seit sie am 1. Oktober 2018 einen Streik ausgerufen haben, werden die Arbeiter_innen auf verschiedene Weise angegriffen. Ein bekannter Gewerkschafter ist bereits getötet worden.

Seit dem 27. November 2018 campieren Hunderte Arbeiter_innen der japanisch geführten Sumitomo Fruit Corporation (Sumifru) in provisorischen Zeltlagern in Manila, um gegen die Arbeitsbedingungen in den Plantagen von Sumifru zu protestieren. Die Arbeiter_innen protestieren dagegen, dass Sumifru sich weigert, die von der Regierung vorgeschriebenen Löhne und Beiträge zu Sozialleistungen ebenso wie einen Kündigungsschutz umzusetzen, obwohl es dazu eine gerichtliche Anordnung gibt.

Seit dem Streikbeginn am 1. Oktober 2018 werden die Arbeiter_innen bedroht und angegriffen. Infolge der Gewalt wurde am 31. Oktober 2018 der bekannte Gewerkschafter Danny Boy Bautista getötet. Zusätzlich zu den gewalttätigen Angriffen wurden am 15. Dezember 2018 das Gewerkschaftsbüro und die Häuser von einigen Gewerkschaftsmitgliedern niedergebrannt. Die Arbeiter_innen werden weiterhin bedroht und sind durch ihre friedlichen Proteste nach wie vor in Gefahr.

Amnesty International fordert eine umfassende und unparteiische Untersuchung der Drohungen und Angriffen. Die philippinischen Behörden müssen die Sicherheit der protestierenden Arbeiter_innen garantieren.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Am 1. Oktober 2018 traten etwa 900 Arbeiter_innen bei Sumifru mit Unterstützung der anerkannten Gewerkschaft Namasufa (Nagkahiusang Mamumuo sa Suyapa Farms) wegen der Arbeitsbedingungen in den Streik. Inzwischen haben die protestierenden Arbeiter_innen Drohungen erhalten und sind angegriffen worden. So wurden Protestierende vor der Plantage in Compostela Valley gewaltsam auseinandergetrieben, am 31. Oktober wurde ein bekannter Vertreter der Gewerkschaft getötet und am 15. Dezember 2018 wurden das Gewerkschaftsbüro und die Häuser von einigen Gewerkschaftsmitgliedern niedergebrannt.

Die Arbeiter_innen beschuldigen die Firma, keine regulären Verträge mit ihnen zu machen und sie nur mit kurzen befristeten Verträgen zu beschäftigen, wodurch sie keinen Schutz vor der Kündigung haben; dies ist im philippinischen Recht jedoch untersagt. Die Arbeiter_innen legen der Firma darüberhinaus zur Last, sie im Akkord pro Stück entlohnen zu wollen – was die Bezahlung der Arbeiter_innen offenbar auf die Hälfte des vorgeschriebenen Mindestlohns drückt –, und nicht bereit zu sein, einen Tarifvertrag mit der Arbeiter_innengewerkschaft auszuhandeln. Sumifru weist diese Vorwürfe zurück.

Am 6. Oktober 2018 wies ein philippinisches Gericht den Antrag von Sumifru zurück, die Streikposten der protestierenden Arbeiter_innen in der Bananenplantage der Firma im Compostela Valley vertreiben zu lassen. Die Firma begründete ihren Antrag damit, dass der Streik sie bereits 38 Millionen Philipinische Pesos, umgerechnet mehr als 615.000 Euro, gekostet habe.

AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e. V.

Urgent Actions

Zinnowitzer Straße 8 . 10115 Berlin

T: +49 30 420248-0 . F: +49 30 420248-321 . E: ua-de@amnesty.de . W: www.amnesty.de/ua

SPENDENKONTO 80 90 100 . Bank für Sozialwirtschaft . BLZ 370 205 00

BIC: BFSWDE33XXX . IBAN: DE23370205000008090100

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Am 27. Dezember 2018 sollte auf Einladung des philippinischen Arbeitsministeriums ein Zusammentreffen der Arbeiter_innen und Vertreter_innen von Sumifru stattfinden, um den Arbeitskonflikt zu schlichten, doch letztere erschienen nicht zu diesem Treffen. Laut dem Vorsitzenden der Arbeiter_innengewerkschaft John Paul Dizon bekräftigte Sumifru bei einem zweiten anberaumten Treffen am 4. Januar 2019 sein Vorhaben, nur etwa 140 Arbeiter_innen regulär beschäftigen zu wollen und zwar nur die ersten Gewerkschaftsmitglieder nach der Gründung im Jahr 2008. Ein drittes Treffen soll noch im Januar 2019 stattfinden.

Am 27. November 2018 machten sich etwa 300 Arbeiter_innen von Sumifru nach Manila auf und campieren seither in einem provisorischen Zeltlager in der Nähe des Arbeitsministeriums.

Die Philippinen sind nach dem Völkerrecht dazu verpflichtet, das Recht auf Arbeit und das Recht auf faire und befriedigende Arbeitsbedingungen zu gewährleisten. Das umfasst das Recht auf angemessene Entlohnung, das Recht Gewerkschaften zu gründen und ihnen beizutreten sowie das Recht zu streiken.

Die Staatengemeinschaft ist verpflichtet, die Menschenrechte im Kontext von Firmenaktivitäten in ihren Ländern durch Regulierung, Aufsicht, Untersuchung, richterliche Entscheidung und Strafe zu wahren und zu schützen. Diese Verpflichtung besteht grenzüberschreitend, also auch gegenüber einer Firma aus einem anderen als dem eigenen Staatsgebiet, wenn der Staat das Verhalten der Firma auf dem eigenen Staatsgebiet oder unter der eigenen Gerichtsbarkeit kontrollieren oder beeinflussen kann. Die Verpflichtungen eines Staates gründen auf den von ihnen ratifizierten Menschenrechtsverträgen und anderen internationalen Standards.

Firmen sind verpflichtet, überall dort, wo sie operieren, die Menschenrechte zu achten, das schließt alle ihre Operationen und Lieferketten ein. Die Verantwortung der Firmen zum Schutz der Menschenrechte besteht unabhängig von den menschenrechtlichen Verpflichtungen des jeweiligen Landes. Die Verantwortung, die Menschenrechte zu achten, gründet auf den weltweit anerkannten UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte.

SCHREIBEN SIE BITTE

E-MAILS, FAXE ODER LUFTPOSTBRIEFE MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN

- Ich möchte höflich darauf dringen, dass Ihr Ministerium für die Sicherheit der Arbeiter_innen Sorge trägt.
- Leiten Sie bitte umgehend eine gründliche und unparteiische Untersuchung der Angriffe auf die Arbeiter_innen und die Tötung des Gewerkschaftsmitglieds Danny Boy Bautista ein. Ziehen Sie die mutmaßlichen Täter_innen nach den internationalen Standards für ein faires Gerichtsverfahren strafrechtlich zur Verantwortung.
- Bitte gewährleisten Sie die Sicherheit der streikenden Arbeiter_innen, indem Sie Maßnahmen ergreifen, die ihr Recht auf freie Meinungsäußerung und Versammlung sicherstellen.

APPELLE AN

JUSTIZMINISTER

Secretary, Department of Justice
Menardo I. Guevarra
DOJ Building, Padre Faura Street,
Ermita, Manila, 1000, PHILIPPINEN

Fax: (00 632) 523 8482 to 98

E-Mail: communications@doj.gov.ph

(Anrede: Dear Secretary Guevarra / Sehr geehrter Herr
Minister)

KOPIEN AN

BOTSCHAFT DER REPUBLIK PHILIPPINEN

Frau Lillibeth Pono
Gesandte, Geschäftsträgerin a.i
Luisenstr. 16
10117 Berlin

Fax: 030-873 2551

E-Mail: info@philippine-embassy.de

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle **möglichst sofort**. Schreiben Sie in gutem Englisch oder auf Deutsch. Da Informationen in Urgent Actions schnell an Aktualität verlieren können, bitten wir Sie, nach dem **4. März 2019** keine Appelle mehr zu verschicken.

PLEASE WRITE IMMEDIATELY

- I urge your office to act swiftly to ensure the workers' safety.
- Please immediately conduct a prompt, thorough and impartial investigation into the attacks against workers and the murder of a union member, and bring suspected perpetrators to justice according to international fair trial standards.
- Uphold and protect the safety of workers carrying out their strike, by taking measures to guarantee their right to freedom of expression and assembly.

**AMNESTY
INTERNATIONAL**

